KEINE GESCHLOSSENEN LAGER FÜR ASYLBEWERBER

Nein zu Sekundärmigrationszentren

Appell an die Landesregierung Baden-Württemberg

Am 27. Februar 2026 wurde vom Bundestag die Verschärfung des deutschen Asylrechts als Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in nationales Recht beschlossen. Die deutschen Bestimmungen gehen weit über das hinaus, was auf europäischer Ebene bereits 2024 vereinbart wurde. GEAS wird im Juni 2026 in Kraft treten.

Statt geflohene Menschen zu schützen, sieht das neue Recht haftähnliche Lagerunterbringung für die meisten Asylbewerber*innen vor, auch für Kinder und ihre Familien. Insbesondere ermöglicht das Gesetz die Einrichtung von sogenannten „**Sekundärmigrationszentren**“ **(SMZ)**, in denen betroffene Asylbewerber*innen bis zu zwei Jahre ganztägig festgehalten werden können (Ausnahme: minderjährige Kinder, deren Eltern und Geschwister „nur“ ein Jahr und ausschließlich nachts von 22 - 6 Uhr).
Die Haft in diesen SMZ ist für alle Asylbewerber vorgesehen, die Deutschland über einen EU-Staat an der EU-Außengrenze erreicht haben oder die einen gültigen Aufenthaltstitel oder ein gültiges Visum eines anderen Mitgliedstaats besitzen oder denen ein anderer EU-Mitgliedstaat bereits Schutz gewährt hat. Da Deutschland ausschließlich von Staaten umgeben ist, die sich an GEAS beteiligen, läuft diese Regelung darauf hinaus, dass fast alle Geflüchteten, die überhaupt nach Deutschland gelangen, in den künftigen SMZ festgehalten werden sollen. In diesen Zentren kann der Zugang zu Rechtsberatung, anwaltlicher Vertretung und Sprachkursen durch Behördenentscheidung beschränkt werden. Die Lagerunterbringung wird das Ankommen und die Integration in Deutschland extrem erschweren und die oftmals psychisch belasteten oder traumatisierten Geflüchteten zusätzlichem Dauerstress, Angst und Verzweiflung aussetzen.
Diese Freiheitsberaubung für Menschen, die keine Straftat begangen haben, sondern einen Ort suchen, an dem sie sicher leben können, darf nicht hingenommen werden!

Die Einrichtung der Sekundärmigrationszentren liegt im Ermessen der Bundesländer. Daher kann die neue Landesregierung von Baden-Württemberg auf die Unterbringung Geflüchteter in „Sekundärmigrationszentren“ und die damit verbundenen Regelungen verzichten und damit schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen verhindern.

Wir,
Aufstehen gegen Rassismus Kraichtal
Kraichtal hilft e.V.
Netzwerk Demokratie und Menschenrechte Kraichgau
Seebrücke Karlsruhe
schließen uns deshalb den folgenden Forderungen des Flüchtlingsrats BW an die Landesregierung an:

- **Freiheitsbeschränkungen minimieren**: Keine geschlossenen oder haftähnlichen Einrichtungen; vorrangig offene, dezentrale Unterbringung. In Baden-Württemberg darf kein sogenanntes Sekundärmigrationszentrum entstehen!
- **Transparent informieren**: Einen öffentlichen, laufend aktualisierten Umsetzungsplan vorlegen – mit Zuständigkeiten, Zeitplan, Auswirkungen auf Kommunen und Rechte der Betroffenen.
- **Zivilgesellschaft einbeziehen**: Wohlfahrtsverbände, Fachberatungsstellen, Kommunen, Selbstorganisationen und Betroffene früh und kontinuierlich an der GEAS-Umsetzung beteiligen.
- **Rechte sichern, Schaden begrenzen**: Unabhängige Beratung, Dolmetschen und wirksamen Rechtsschutz garantieren; Zugang zu Anwält*innen in allen Einrichtungen; Zugang zu Schule, Kita, Gesundheitsversorgung und psychosozialer Beratung ab Tag eins.
- **Schutz für Kinder und besonders Schutzbedürftige**: Besondere Bedarfe konsequent erkennen; kindgerechte Verfahren; Familienzusammenführung priorisieren; keine haftähnliche Unterbringung.

Initiatoren des Appells:

1. Aufstehen gegen Rassismus Kraichtal
2. Kraichtal hilft e.V.
3. Netzwerk Demokratie und Menschenrechte Kraichgau
4. Seebrücke Karlsruhe

Folgende Organisationen schließen sich dem Appell an:

5. Afrique Europe Interacte
6. ANDA e.V.
7. Arbeitskreis Asyl "Willkommen für Fremde" Waldbronn
8. Arbeitskreis Asyl Ettlingen
9. Arbeitskreis Asyl Grafenau
10. Arbeitskreis Asyl Ludwigsburg
11. Arbeitskreis Asyl Stuttgart
12. Arbeitskeis Asyl e.V. Schwäbisch Gmünd
13. Arbeitskreis Asyl Kirchheim unter Teck
14. Arbeitskreis Miteinander e.V., Lörrach
15. Asyl-Arbeitskreis Stiftskirche Tübingen
16. Aufstehen! Esslinger Initiative für Demokratie
17. BaWü für Menschenwürde und ein AFD Verbot
18. Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Gondelsheim
19. Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband -Kraichtal
20. Bündnis für Demokratie und Menschenrechte Ortsverband Oberderdingen
21. DAF - Internationaler Freundeskreis Bretten
22. Designbüro Schweitzer Herbold Gestaltung und Soziale Arbeit
23. DGB Stadtverband Karlsruhe
24. Dorfpride-Orga Team
25. Eltern gegen Rechts Aalen
26. Eltern gegen Rechts Bühl Achern
27. Ettlinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis
28. Evangelischen Arbeitnehmerschaft im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Baden e.V. (ean)
29. Flüchtlingshilfe Rebland (Offenburg)
30. Flüchtlingsrat Baden-Württemberg
31. Freundeskreis Asyl Emmendingen
32. Freundeskreis Asyl Ostfildern e.V.
33. Freundeskreis Asyl Radolfzell
34. Freundeskreis Flüchtlinge Rutesheim
35. Freundeskreis Asyl Schwäbisch Hall
36. Fridays for Future Karlsruhe
37. Gesellschaft für bedrohte Völker, Regionalgruppe Karlsruhe
38. GLOBAL Bad Waldsee e.V.
39. Grenzenlose Freundschaft e.V.
40. Horber Bündnis für Demokratie - aktiv gegen rechts
41. Interventionistische Linke Karlsruhe
42. Infoladen Karlsruhe
43. INT.AKT e.V. Ladenburg
44. Interkulturelles Forum für Flüchtlingsarbeit in Biberach

45. Katholische Stadtkirche Heidelberg
46. KLJB Diözesanverband Freiburg
47. Mannheim sagt Ja! e.V.
48. Medinetz Karlsruhe
49. MuT! - Migration und Teilhabe für Menschen mit Behinderung, Stuttgart
50. Nachfolge SARAH Seenotrettung
51. Nein zur Bezahlkarte Karlsruhe
52. Nein zur Bezahlkarte Ludwigsburg
53. Omas gegen Rechts, Regionalgruppe Bruchsal
54. Ourvoice
55. Reutlingen bleibt bunt
56. Rottweil bleibt bunt
57. SARAH gUG
58. Seebrücke Freiburg
59. Seebrücke Heidelberg
60. Seebrücke Stuttgart
61. Seebrücke Tübingen

Folgende Privatpersonen schließen sich dem Appell an:

1. Anete Wellhöfer
2. Angelika Leist
3. B.Bräuninger
4. Claudia Stenger
5. Corina Kober
6. Edda Fenstermann
7. F. Korthane
8. Gabriele Renz
9. Gunther Wössner (Gemeinderat Kraichtal für SPD)
10. Harald Schäfer
11. Heidrun Rupp
12. Heike Friedrich
13. Helga Ströhle
14. Helmut Woda
15. Jacqueline Olesen
16. Janet Rotfuß
17. Johannes Asal
18. Jonathan Cordes
19. Jörg Rupp
20. Jürgen Müller
21. Lora Schmitz
22. Martin Pouppel
23. Martin Stock (Gemeinderat Kraichtal für SPD)
24. Monika Lüthje-Lenhart
25. Rainer Ziegler (ehemaliger Bürgermeister von Ladenburg)
26. Renate Steible-Bernhard
27. Renate Wicketsheim
28. Rudi Schmiederer (Gemeinderat Kraichtal für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
29. Ruth Karl
30. Samuel Zimmermann (Gemeinderat Kraichtal für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
31. Sebastian Molter (Asylpfarrer der Evangelischen Landeskirche Württemberg)
32. Sina Händel
33. Sonja Rothweiler (Ortschaftsrätin - OV Pfinztal - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
34. Susanne Winter
35. Thomas Nuding (SARAH gUG)
36. Ulrike Fürstenberg
37. Ulrike Hintsches (Naturfreunde Ortsgruppe Karlsruhe)
38. Wolfgang Bauer (Gemeinderat Kraichtal für Gemeinsam f. Kraichtal)